



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 20. Sitzung des Stadtrates vom
04.10.2012

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- . Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt "Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW "Zum Erhalt der städtischen Realschule"
Vorlage: FB 1/298/2012
- 1. Resolution zur Offenen Ganztagschule
Vorlage: FB 4/305/2012
- 2. Schulentwicklungsplan Lüdinghausen 2012 bis 2017
Vorlage: FB 4/308/2012
- 2.1. Schulentwicklungsplanung Lüdinghausen 2012 bis 2017 - ergänzende Tischvorlage -
Vorlage: FB 4/308/2012/1
- 3. Errichtung einer neuen Schulform des längeren gemeinsamen Lernens für Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/309/2012
- . Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW "Zum Erhalt der städtischen Realschule"
 - a) Beschluss der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens
 - b) Entsprechen/Nichtentsprechen des Bürgerbegehrens
 - c) Wenn nötig: Festlegung des Abstimmungstages
Vorlage: FB 1/297/2012
- 4. Frauenförderplan für die Stadt Lüdinghausen
 - a) Bericht über die Wirksamkeit und Umsetzung des Frauenförderplanes
 - b) Vierte Fortschreibung des Frauenförderplanes
Vorlage: FB 1/296/2012
- 5. Jahresabschlüsse der Stadt Lüdinghausen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009
Vorlage: FB 2/484/2012
- 6. Grundstücksangelegenheiten
hier: Grundsätze für die Gewährung eines Nachlasses beim Verkauf von Baugrundstücken
Vorlage: FB 2/485/2012
- 7. Erlass einer Beitragssatzung nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) für Straßenausbaumaßnahmen im Außenbereich
Vorlage: FB 3/656/2012
- 8. Betriebssatzung für das Abwasserwerk der Stadt Lüdinghausen
hier: Änderung
Vorlage: FB 3/658/2012
- 9. Einziehung eines zwischen der "Julius-Maggi-Straße" und dem "Dortmund-Ems-Kanal" verlaufenden Weges
Vorlage: FB 3/660/2012
- 10. Bebauungsplan "Höckenkamp-Süd"
Vorlage: FB 3/652/2012
- 11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Steuerhotel an der Borg"
Vorlage: FB 3/653/2012
- 12. Bebauungsplan "Wieschebrink" - 11.Änderung
Vorlage: FB 3/654/2012
- 13. Bebauungsplan "Rohrkamp"
Vorlage: FB 3/655/2012
- 14. Bebauungsplan "Stadtfeld II" - Antrag des Vereins LebensArt auf eine Änderung
Vorlage: FB 3/657/2012
- 15. Berichte
- 16. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

17. Europaweite Ausschreibung der Straßenreinigungsleistungen
hier: Auftragsvergabe
Vorlage: FB 3/659/2012
18. Vergabe Ehrenamtspreis 2012
Vorlage: Stb./036/2012
19. Berichte
20. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP) Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt
"Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW "Zum Erhalt der
städtischen Realschule"
Vorlage: FB 1/298/2012**

Bürgermeister Borgmann schlägt vor, über das eingereichte Bürgerbegehren „Zum Erhalt der städtischen Realschule“ als Tagesordnungspunkt 3.1 nach dem Tagesordnungspunkt 3 „Errichtung einer neuen Schulform des längeren gemeinsamen Lernens für Lüdinghausen“ zu beraten.

Seitens des Stadtrates bestehen keine Bedenken.

**TOP 1) Resolution zur Offenen Ganztagschule
Vorlage: FB 4/305/2012**

Stv. Friedenstab merkt an, dass nachfolgender Satz aus der Resolution gestrichen werden solle.

- Es gibt genügend Eltern, die ihre Erziehungsaufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen können und wollen, die sich aber durch die institutionell organisierten Betreuungs- und Bildungsangebote mehr und mehr in ihrer Erziehungshoheit „entmündigt“ werden.

Stv. Kehl hingegen spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

Auch Stv. Spiekermann-Blankertz ist der Meinung, dass der Ausdruck „entmündigt“ diskriminierend sei und bittet ebenfalls darum, dass dieser Passus gestrichen werde.

Da dieser Begriff in Anführungszeichen stehe, sei sehr wohl deutlich, dass er nicht die ursprüngliche Bedeutung habe, fügt Stv. Kehl hinzu.

Beigeordnete Karasch macht darauf aufmerksam, dass die gemachte Ausführung nicht diskriminierend verstanden werden solle. Es seien auch Wünsche der Eltern mit aufgenommen worden. Es solle auf die Arbeitszeiten der Eltern flexibel reagiert werden können, so dass die Erziehung durch die Eltern möglich sei. Nichts anderes sei damit gemeint, bekräftigt Beigeordnete Karasch ihre Aussage.

Stv. Mönning merkt an, dass dieses Thema landesweit betrachtet werden solle. Die Mittel der OGGS seien ohnehin sehr begrenzt. Die vorhandenen Gelder sollen eingesetzt und die Bezuschussung müsse flexibler sein. Das Grundgerüst solle jedoch erhalten bleiben.

Stv. Havermeier empfiehlt, dass der Passus der den Begriff „entmündigt“ erhalte, gestrichen und der nachfolgende Satz hierfür in die Resolution aufgenommen werde.

- „Eltern wünschen sich, den größtmöglichen Anteil ihrer Nicht-Berufstätigkeit gemeinsam mit ihren Kindern zu verbringen und empfinden die starren Zeitregelungen als unnötige Einschränkung.

Der Empfehlung der SPD-Fraktion werde gefolgt, teilt Bürgermeister Borgmann mit.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdinghausen beschließt die als Anlage 1 beigefügte Resolution.

-einstimmig-

**TOP 2) Schulentwicklungsplan Lüdinghausen 2012 bis 2017
Vorlage: FB 4/308/2012**

**TOP 2.1) Schulentwicklungsplanung Lüdinghausen 2012 bis 2017 - ergänzende
Tischvorlage -
Vorlage: FB 4/308/2012/1**

Stv. Schnittker beantragt, dass der Schulentwicklungsplan bereits im Jahr 2013 fortgeschrieben wird.

Stv. Havermeier merkt an, dass bei der Gegenüberstellung auf Seite 53 auch eine Gegenüberstellung „Anteil der Kinder mit Gymnasialempfehlung in %“ mit aufgenommen werden solle. Sie bittet darum, die Ergänzung zu Protokoll zu nehmen.

Bürgermeister Borgmann versichert, dass die Ergänzung in das Protokoll aufgenommen werde. Es sei sich jedoch nicht sicher, ob die Verwaltung berechtigt sei, dass Gutachten zu ändern.

Stv. Friedenstab weist darauf hin, dass die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund (Statistik Seite 36) auch in Zukunft weiter betrachtet werden solle. Er bittet ebenfalls dies zu Protokoll zu nehmen.

Bürgermeister Borgmann lässt über den von Stv. Schnittker ergänzenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Schulentwicklungsplan 2012 bis 2017 wird beschlossen. Eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes findet bereits im Jahre 2013 statt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgeschriebene Beteiligungsverfahren mit den Nachbarkommunen durchzuführen.

-einstimmig-

TOP 3) Errichtung einer neuen Schulform des längeren gemeinsamen Lernens für Lüdinghausen

Vorlage: FB 4/309/2012

Stv. Möllmann merkt an, dass fraktionsübergreifend beschlossen worden sei, dass zunächst keine Änderungen bei der Schullandschaft vorgenommen werden sollen.

Die Schülerzahlen sowie das Wahlverhalten der Eltern müsse weiterhin beobachtet werden.

Stv. Havermeier weist darauf hin, dass im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beschlossen worden sei, die Schulentwicklung weiter zu begleiten. Ein entsprechendes Konzept für eine Sekundarschule liege vor. Die Schulleitungen seien bereit zu kooperieren. Es solle daher eine Konzeptgruppe, auch mit den Gymnasien, eingerichtet werden.

Der Ablauf solle so gestaltet werden, dass zunächst durch die Verwaltung eine Kooperation mit den Schulen vorbereitet werde. Dies solle dann im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beraten werden. Anschließend soll ein Gespräch mit den Schulleitungen stattfinden. Das Ergebnis der Gespräche solle dann im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales vorgestellt werden.

Abschließend sei ein Konzept zu entwickeln, erklärt Stv. Havermeier.

Weiterhin merkt sie an, dass zurzeit noch kein Handlungsdruck bestehe. Dieser werde sich in den nächsten Jahren jedoch verstärken.

Ziel sei es, aus der Real- und der Hauptschule eine hochwertige Schulform zu entwickeln, macht Stv. Havermeier deutlich.

Die Zeit des Wartens solle genutzt werden. Stv. Kehl schlägt daher vor, dass der Rat der Stadt Lüdinghausen den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beauftragt, eine Expertengruppe einzurichten.

Wichtig sei es, dass die Eltern von Beginn an mit einbezogen werden.

Die UWG-Fraktion trage den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit, sofern eine Expertengruppe durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales auf den Weg gebracht werde.

Sofern dies nicht erfolge, werde die UWG-Fraktion den Beschlussvorschlag nicht mittragen.

Stv. Dr. Wischnewski appelliert an alle Stadtverordneten, dass die Entscheidung den Kindern zu Gute kommen müsse.

Es müsse ein fraktionsübergreifender Konsens erzielt werden, so Stv. Dr. Wischnewski.

Stv. Möllmann merkt an, dass sich der Rat einig sei, dass etwas unternommen werden müsse. Lediglich bei der Vorgehensweise herrsche eine unterschiedliche Meinung. Die Vorgehensweise solle seiner Meinung nach erst festgelegt werden, wenn mit allen Beteiligten gesprochen worden sei. Weiterhin seien die Anmeldezahlen abzuwarten.

Stv. Grundmann teilt mit, dass Handlungsdruck bestehe und nicht bis nächstes Jahr gewartet werden könne.

Beigeordnete Karasch merkt an, dass der Arbeitsauftrag an die Arbeitsgruppe konkreter sein müsse.

Auch Stv. Schwarzberg ist der Meinung, dass der Prozess nicht einschlafen dürfe. Wichtig sei, dass die Politik die Entwicklung begleite. Es solle jedoch erst einmal etwas Ruhe einkehren. Klar sei jedoch, dass die Schullandschaft so, wie sie sich zurzeit darstellt, nicht bleiben könne.

Stv. Havermeier bekräftigt, dass keine losen Gespräche geführt werden sollen. Es müssen zudem die Vertreter der Gymnasien einbezogen werden und die Bevölkerung müsse besser informiert werden.

Die bestehende Konzeptgruppe solle eine Kooperationsform mit allen Schulen herausarbeiten. Weiterhin solle die bestehende Konzeptgruppe um die Vertreter der Gymnasien und je einen Vertreter aus den im Rat vertretenen Fraktionen ergänzt werden. Es solle sich auch nicht im Vorfeld auf eine Schulform festgelegt werden, fügt Stv. Havermeier hinzu.

Stv. Bontrup findet den Vorschlag von Stv. Havermeier gut. Ihm habe bisher die Berücksichtigung der Eltern und der Gymnasien gefehlt. Er sei jedoch der Meinung, dass ein Fahrplan erstellt werden müsse.

Weiterhin spricht er sich dafür aus, dass bereits jetzt etwas getan werden müsse, sonst hinkt Lüdinghausen den anderen Städten irgendwann hinterher.

Bis Frühling solle der Kontakt zu den Gymnasien erfolgt sein. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei so nicht annehmbar, teilt Stv. Bontrup mit.

Stv. Kehl spricht sich ebenfalls dafür aus, dass auch die politische Komponente in die Konzeptgruppe mit einfließe.

Er äußert noch einmal seinen Vorschlag, dass der Rat den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beauftragt, eine Expertengruppe einzurichten.

Stv. Tüns hingegen merkt an, dass es schwer sei, in einer Arbeitsgruppe, die aus Vertretern mit unterschiedlicher Meinung bestehe, ergebnisorientiert zu arbeiten. Weiterhin merkt er an, dass in Lüdinghausen noch guter Wettbewerb bestehe. Den Schulen solle der Wettbewerb belassen und erst später reagiert werden, so Stv. Tüns.

Stv. Dr. Waldt teilt mit, dass der Elternwille bezüglich der Realschule zur Kenntnis genommen werden müsse. Er fragt sich jedoch, warum eine neue Konzeptgruppe eingerichtet werden solle, es liege doch bereits ein gutes Konzept vor.

Er macht deutlich, dass der Rat, der Bürgermeister und die Schulen nicht eng genug zusammen gearbeitet haben. Es müsse gemeinsam überlegt werden, wie die Schullandschaft bestmöglich entwickelt werden könne.

Es müsse keine neue Konzeptgruppe eingerichtet werden, sondern der Dialog mit allen Schulen erfolgen.

Stv. Havermeier merkt an, dass die CDU-Fraktion die Situation falsch eingeschätzt habe und es verkehrt gewesen sei, sich bereits im Sommer auf eine Schulform festzulegen. Sie bekräftigt ebenfalls, dass eine Konzeptgruppe notwendig sei.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass es fraglich sei, ob die Mitglieder der bestehenden Konzeptgruppe auch weiterhin ihre Mitarbeit anbieten. Es müsse sich Zeit genommen und nicht noch ein weiteres Konzept beschlossen werden.

Die Schulleitungen seien einzubinden und die Verwaltung solle zunächst mit den Beteiligten sprechen. Anschließend könne dem Rat ein Konzept vorgestellt werden, schlägt Bürgermeister Borgmann vor.

Stv. Schwarzenberg teilt mit, dass bereits ein Konzept für eine Sekundarschule/Gesamtschule vorliege. Es sei daher eine Konzeptgruppe zur Weiterentwicklung der Schullandschaft einzurichten. Die Politik müsse alle Schulen beobachten, denn in 10 Jahren werden alle Schulen ein Problem mit den Anmeldezahlen haben.

Daher sollen auch die Grundschulen in den Prozess einbezogen werden.

Antrag der SPD-Fraktion:

(eingebracht durch Stv. Spiekermann-Blankertz)

Beschluss:

Die Vorbereitungen über die Errichtung einer neuen Schulform werden nicht weiter verfolgt. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit den Lüdinghauser Schulen und der Elternschaft unter Berücksichtigung des Schulentwicklungsplanes 2013 – 2017 ein Verfahrensablauf zur ersten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales im Jahr 2013 zu entwickeln, wie die Lüdinghauser Schullandschaft für die kommenden Jahre zukunftsgerichtet aufgestellt werden soll.

-einstimmig-

TOP 3.1) Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW "Zum Erhalt der städtischen Realschule"

a) Beschluss der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

b) Entsprechen/Nichtentsprechen des Bürgerbegehrens

c) Wenn nötig: Festlegung des Abstimmungstages

Vorlage: FB 1/297/2012

Frau Kipp, Mitinitiatorin des Bürgerbegehrens, erläutert aus welchen Gründen das Bürgerbegehren ins Leben gerufen worden sei. Ziel des Bürgerbegehrens sei es, so Frau Kipp, eine zukunftsorientierte Schullandschaft zu schaffen, mit der sich die Stadt, die Schulen und auch die Eltern identifizieren können.

Stv. Kehl bedankt sich bei Frau Kipp. Er merkt an, dass viele der soeben vorgetragenen Aspekte auch zum jetzigen Zeitpunkt bereits diskutiert werden. Weiterhin fügt er hinzu, dass er eine derartige Bürgerbeteiligung als positiv empfinde.

Auch Stv. Havermeier bedankt sich bei Frau Kipp für die engagierte Arbeit. Die Realschule habe ihrer Meinung nach eine Imagekampagne nicht nötig. Die Realschule sei die fragteste Schule in Lüdinghausen.

Stv. Schweer fragt an, ob das Bürgerbegehren fortgeführt werden solle, trotz des Beschlusses zum Tagesordnungspunkt 3. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, dass es bei dem Bürgerbegehren ein Problem mit der Zulässigkeit geben könne.

Sofern der Realschule ein zweijähriger Bestandschutz gewährt werde, sei sie bereit den Antrag zurück zu ziehen, so Frau Kipp.

Stv. Kehl merkt an, dass zunächst die Zulässigkeit zu prüfen sei. Dies kann jedoch am heutigen Tag nicht erfolgen. Sobald die Rechtslage eindeutiger sei, solle hierüber noch einmal diskutiert werden. Eventuell könne eine Sondersitzung im November 2012 einberufen werden.

Eine gewisse Rechtssicherheit sei wichtig, so Stv. Kehl.

Stv. Spiekermann-Blankertz macht deutlich, dass es sich bei dem Bürgerbegehren um ein hoch demokratisches Instrument handele. Auch er teilt die Meinung, dass zunächst die Frage der Zulässigkeit geklärt werden müsse. Sofern das Bürgerbegehren zulässig sei, müsse der Rat hierüber entscheiden.

Sofern keine positive Entscheidung durch den Rat getroffen werde, gebe es einen Bürgerentscheid, so Stv. Spiekermann-Blankertz. Für ihn stehe jedoch auch fest, dass am heutigen Tage hierüber nicht entschieden werden könne und ggf. eine Sondersitzung einberufen werden müsse.

Die SPD-Fraktion stimme dem Bürgerbegehren am heutigen Tage nicht zu.

Frau Kipp macht noch einmal darauf aufmerksam, dass sie dem Rat einen Vorschlag unterbreitet habe. Es sei nun die Entscheidung des Rates.

Stv. Grundmann merkt an, dass eine Veränderung der Schullandschaft nötig sei. Er fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, dem Bürgerbegehren jetzt zu zustimmen und zu einem späteren Zeitpunkt eine andere Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass sofern dem Bürgerbegehren am heutigen Tage zugestimmt werde, innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht anders entschieden werden dürfe. Es sei denn, die Realschule sei in ihrer Zügigkeit gefährdet, wovon aber nicht ausgegangen werden kann.

Auch Stv. Möllmann spricht sich für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus. Den Bestandschutz der Realschule geben die Eltern, die ihre Kinder dort anmelden und nicht die Politik, fügt Stv. Möllmann hinzu.

Frau Kipp merkt daraufhin an, dass die Schule nur Anmeldungen verzeichnen könne, sofern sie nicht geschlossen werde.

Stv. Havermeier merkt noch einmal an, dass das Bürgerbegehren formal rechtlich zulässig sei, über die materielle Zulässigkeit könne am heutigen Tage jedoch nicht entschieden werden. Weiterhin macht sie darauf aufmerksam, dass das Bürgerbegehren nur erledigt sei, sofern der Rat dem genauen Wortlaut voll entspreche. Sie spricht sich daher auch für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

Stv. Bontrup fordert eine unverzügliche Entscheidung über die Zulässigkeit.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass der Rat umfassend über die Zulässigkeit informiert werde. Eine Entscheidung über das Bürgerbegehren kann auch in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

Stv. Krüger weist daraufhin, dass der Beschluss aus dem vorherigen Tagesordnungspunkt und das Bürgerbegehren inhaltlich identisch seien. Sie sei der Meinung, dass das Bürgerbegehren unzulässig sei, weil dem Wunsch bereits entsprochen worden sei. Zudem macht Stv. Krüger darauf aufmerksam, dass eine Verpflichtung zur Errichtung einer Sekundarschule bestehe, sofern der Bedarf hierfür gegeben sei.

Stv. Friedenstab schlägt vor, für das kommende Schuljahr einen Beschluss zu fassen und zum Schuljahr 2013/2014 erneut mit den Beratungen zu beginnen.

Er beantragt die Angelegenheit gem. § 13 Abs. 2 Buchstabe d der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen zur vertagen und in einer Sondersitzung erneut zu beraten.

Weiterhin stellt er gem. § 13 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen den Antrag die Rednerliste zu schließen.

Stv. Kehl möchte verhindern, dass der Eindruck bestehe, der Antrag würde nicht ausreichend Beachtung finden.

Der Rat benötige lediglich Zeit um die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen. Das Verfahren an sich, werde hier durch nicht angehalten. Es werde weiter diskutiert, so Stv. Kehl.

Stv. Möller erklärt, dass er sich nicht vorstellen könne, dass gegen den Elternwillen in den nächsten zwei Jahre eine neue Schulform entstehen könne.

Mit dem Bürgerbegehren sei bereits viel erreicht worden, merkt Stv. Havermeier an.

Bürgermeister Borgmann schließt die Rednerliste und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen. Es wird folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW „Zum Erhalt der städtischen Realschule“ wird bis zur Sitzung des Rates am 18.12.2012 vertagt.

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

TOP 4) Frauenförderplan für die Stadt Lüdinghausen
a) Bericht über die Wirksamkeit und Umsetzung des Frauenförderplanes
b) Vierte Fortschreibung des Frauenförderplanes
Vorlage: FB 1/296/2012

Herr Kortendieck stellt den Frauenförderplan 2012 anhand der als Anlage 1 beigefügten Power Point Präsentation vor.

Stv. Knuhr bedankt sich für den Vortrag und fragt an, wie viel Heimarbeitsplätze es zurzeit gebe.

Herr Kortendieck erläutert, dass es momentan keinen Heimarbeitsplatz gebe. Zudem sei dies abhängig vom jeweiligen Arbeitsplatz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdinghausen nimmt den Bericht über die Wirksamkeit und Umsetzung des Frauenförderplanes für die Stadt Lüdinghausen zur Kenntnis und beschließt die vierte Fortschreibung.

-einstimmig-

TOP 5) Jahresabschlüsse der Stadt Lüdinghausen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

Vorlage: FB 2/484/2012

Stv. Möllmann merkt an, dass vor einem Jahr die Eröffnungsbilanz als Grundlage für die Jahresabschlüsse beschlossen worden sei.

Weiterhin weist er daraufhin, dass im Jahresabschluss 2008 die Rückstellung in der ursprünglichen Höhe bestehen bleibe.

Aus dem Jahresabschluss 2009 gehe hervor, dass das Ergebnis schon aufgrund der fehlenden Schlüsselzuführungen keine großen Gestaltungsmöglichkeiten zuließe.

Beschluss:

Jahresabschluss 2008

- a) Der Rat stellt auf der Grundlage des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsausschusses den geprüften Jahresabschluss 2008 der Stadt fest.
- b) Der Rat beschließt den Jahresüberschuss des Jahres 2008 in Höhe von 2.481.320,37 € der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.
- c) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Jahresabschluss 2009

- a) Der Rat stellt auf der Grundlage des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsausschusses den geprüften Jahresabschluss 2009 der Stadt fest.
- b) Der Rat beschließt den Fehlbetrag des Jahres 2009 in Höhe von 939.462,19 € durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu decken.
- c) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

(Der Bürgermeister nimmt an der Abstimmung beim Jahresabschluss 2008 und Jahresabschluss 2009 jeweils zu Punkt c) nicht teil.)

-einstimmig-

TOP 6) Grundstücksangelegenheiten
hier: Grundsätze für die Gewährung eines Nachlasses beim Verkauf von
Baugrundstücken
Vorlage: FB 2/485/2012

Beschluss:

Die vom Rat am 09.11.1993 beschlossenen Grundsätze für die Gewährung eines Nachlasses beim Verkauf von Baugrundstücken werden aufgehoben.

-einstimmig-

TOP 7) Erlass einer Beitragssatzung nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes
(KAG NW) für Straßenausbaumaßnahmen im Außenbereich
Vorlage: FB 3/656/2012

Stv. Möllmann merkt an, dass vor Anwendung der Satzung zunächst das Gespräch mit den Anliegern gesucht werden solle.

Die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen habe bereits vor 5 Jahren auf die Erstellung einer Satzung für den Außenbereich gedrängt, teilt Stv. Mönning mit.

Bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sei ein Kompromiss gefunden worden, in dem die Anregungen von Stv. Möllmann in das Protokoll mit aufgenommen worden seien. Jetzt solle endlich über die Satzung beschlossen werden, so Stv. Kehl. Er fügt hinzu, dass für den Außenbereich ebenfalls eine Satzung -wie für den Innenbereich- vorhanden sein müsse.

Weiterhin stellt Stv. Kehl den Antrag auf Schluss der Rednerliste gem. § 13 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen.

Auch Stv. Wischnewski spricht sich für die Satzung aus. Diese sei notwendig, um eine klare Linie zu schaffen, so Stv. Dr. Wischnewski.

Stv. Spiekermann-Blankertz weist darauf hin, dass der Erlass einer Außenbereichssatzung eine Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gewesen sei. Der Außenbereich müsse an den Anliegerkosten beteiligt werden. Der Innen- und Außenbereich müsse gleichbehandelt werden.

Stv. Möllmann macht noch einmal deutlich, dass die Satzung gar nicht verändert werden soll. Er bittet zu Protokoll zu nehmen, dass lediglich eine schriftliche Fixierung der Gründe, warum die Satzung entstanden ist, erfolgen solle.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für Maßnahmen an Einrichtungen des Straßenbaus im Außenbereich.

-einstimmig-

**TOP 8) Betriebssatzung für das Abwasserwerk der Stadt Lüdinghausen
hier: Änderung
Vorlage: FB 3/658/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Betriebssatzung für das Abwasserwerk der Stadt Lüdinghausen.

-einstimmig-

**TOP 9) Einziehung eines zwischen der "Julius-Maggi-Straße" und dem "Dortmund-Ems-Kanal" verlaufenden Weges
Vorlage: FB 3/660/2012**

Stv. Mönning merkt an, dass ein neuer Weg aufgrund der Einziehung des alten Weges hergestellt werden müsse. Er fragt an, wer hierfür die Kosten übernehme.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass die Kosten die Stadt tragen werde. Aufgrund der vorgesehenen Befestigung mit Schotter entstehe nur ein geringer finanzieller Aufwand.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dem zwischen der „Julius-Maggi-Straße“ und dem „Dortmund-Ems-Kanal“ verlaufenden Weg (Bestandteil des Grundstückes Gemarkung Lüdinghausen-Stadt, Flur 23, Flurstück 231), der in dem als Anlage 1) beigefügten Lageplan dargestellt ist, gem. § 7 Straßen- und Wegegesetz NRW die Eigenschaft einer öffentlichen Straße zu entziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einziehung des Weges öffentlich bekannt zu machen.

-einstimmig-

**TOP 10) Bebauungsplan "Höckenkamp-Süd"
Vorlage: FB 3/652/2012**

Stv. Möllmann merkt an, dass die Stadtfeldstraße an die B 235 angebunden werden müsse.

Stv. Mönning fügt hinzu, dass der Verkehr auf der Stadtfeldstraße generell ein Problem sei. In Zukunft werde noch mehr Verkehr erwartet. Hier müsse den Anwohnen geholfen werden, so Stv.Mönning.

Auch Stv. Breitbach merkt an, dass die Überquerung der Straße in Bauzeiten auch aufgrund der Anlieferungen noch zusätzlich erschwert werde.

Beschluss:

Der Rat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan „Höckenkamp-Süd“ einschließlich Begründung gem. § 3 Abs.2 und § 4 Abs.2 BauGB auf Grundlage der von der Verwaltung empfohlenen verkehrlichen Anbindung.

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

TOP 11) Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Steuerhotel an der Borg"

Vorlage: FB 3/653/2012

Stv. Kehl macht darauf aufmerksam, dass wie bereits im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung erwähnt, ein dauerhaftes Wohnen ausgeschlossen werden soll.

Stv. Friedenstab möchte wissen, welche Art von Unterkünften zu erwarten seien.

Bürgermeister Borgmann erläutert, dass eine Erweiterung des Hotelbetriebes geplant sei. Nach Aussage des Investors sollen die Appartements lediglich für 1-2 Monate z. B. an Ingenieure vermietet werden.

Die Bürger sollen rechtzeitig beteiligt werden, so dass die Anregungen noch in die Planung mit aufgenommen werden können, regt Stv. Suttrup an.

Bürgermeister Borgmann stimmt der Anregung von Stv. Suttrup zu.

Stv. Mönning merkt an, dass es derzeit noch ein offenes Verfahren sei und dass der Prozess weiterhin begleitet werden müsse.

Wichtig sei auch, dass für die Parksituation eine entsprechende Regelung getroffen werde, so Stv. Mönning.

Beschluss:

Der Rat beschließt, einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Innenentwicklung „Steuerhotel an der Borg“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage gekennzeichneten Bereich aufzustellen.

-einstimmig-

TOP 12) Bebauungsplan "Wieschebrink" - 11.Änderung

Vorlage: FB 3/654/2012

Stv. Mönning merkt an, dass bei der Ansiedlung des Marktkaufes vor zehn Jahren versäumt worden sei, den Reifenhandel von der Münsterstraße in den Darley - Park zu verlegen. Der Reifenhandel solle umgesiedelt werden.

Stv. Spiekermann – Blankertz fragt an, ob es gesichert sei, dass sofern die Jet-Tankstelle komme, der Reifenhandel dort angesiedelt werde.

Bürgermeister Borgmann merkt hierzu an, dass die Planungshoheit erhalten bleiben müsse.

Beschluss:

Der Rat beschließt, eine 11. Änderung des Bebauungsplanes „Wieschebrink“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage gekennzeichneten Bereich aufzustellen.

-einstimmig-

TOP 13) Bebauungsplan "Rohrkamp"
Vorlage: FB 3/655/2012

A. Beratung über die vorgetragenen Anregungen

Der Rat stimmt den Abwägungsvorschlägen zu den Punkten a – h zu.

B. Beschluss

Der Rat beschließt, dass eine erneute Offenlage des gemäß der bislang erfolgten Abwägungen und der gutachterlichen Aussagen zur Lärmpolitik zu überarbeitenden Bebauungsplanentwurfes durchgeführt wird.

-einstimmig-

TOP 14) Bebauungsplan "Stadtfeld II" - Antrag des Vereins LebensArt auf eine Änderung
Vorlage: FB 3/657/2012

Stv. Möllmann teilt mit, dass die CDU-Fraktion das Vorhaben begrüße, jedoch keine Änderungen an dem Bebauungsplan vorgenommen werden sollen.

Weiterhin merkt er an, dass das Projekt innerhalb eines bestimmten Zeitraumes fertig gestellt werden solle. Falls dies nicht erfolge, solle eine Rückübertragung des Grundstückes an die Stadt erfolgen. Dies soll im Vertrag schriftlich fixiert werden, regt Stv. Möllmann an.

Der Bebauungsplan solle erst geändert werden, wenn alle Bedingungen erfüllt seien, so Stv. Mönning.

Grundsätzlich begrüße die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen das Projekt ebenfalls, fügt er ergänzend hinzu.

Auch Stv. Spiekermann – Blankertz spricht sich für das Projekt aus.

Bürgermeister Borgmann macht anschließend folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beschließt, den Beschluss zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Stadtfeld II“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage gekennzeichneten Bereich im Vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB zu treffen.
2. Die Verwaltung wird – vorbehaltlich des Beschlusses zu 1 – beauftragt, auf Grundlage des aufgezeigten Vorentwurfes das Verfahren zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Sofern keine Anregungen auch von den zu beteiligten Trägern öffentlicher Belange vorgetragen werden, wird die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Stadtfeld II“ gem. § 10 BauGB als Satzung und die Begründung zur Änderung beschlossen.

-Einstimmig-

TOP 15) Berichte

-Fehlanzeige-

TOP 16) Anfragen

- 1) Stv. Friedenstab fragt an, wie es mit der Sanierung im Baugebiet „Rott- Nord“ weitergehe. Er weist daraufhin, dass die der ausführenden Baufirma gesetzte 14tägige Frist bereits abgelaufen sei.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass vermutlich ein Klageverfahren eingeleitet werden müsse.

- 2) Weiterhin bittet er darum, dass bezüglich des Fußgängerübergangs „Neustraße / Disselhook“ noch einmal Gespräche mit Straßen NRW geführt werden. Die Ampelanlage müsse besser gekennzeichnet werden.

Frau Trudwig merkt an, dass diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt noch einmal thematisiert werde.

- 3) Auf dem Grundstück der ehemaligen Gaststätte „Zum Droste“ sei vor dem Neubau ein Blumenbeet angelegt worden, welches bis auf den öffentlichen Gehweg reicht. Stv. Grundmann möchte wissen, ob der Bauherr dies mit der Verwaltung abgesprochen habe.

Bürgermeister Borgmann sagt eine Klärung zu.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:15 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 20. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 04.10.2012

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Höring, Volker	bei Top 18 befangen
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	ab TOP 3
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	ab TOP 3
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	ab TOP 3

von der Verwaltung

Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Trudwig, Ellen	
Tuschmann, Werner	
Wieschhues, Barbara	

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Schmidt, Knut	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
----------------------------	--

UWG-Fraktion

Wannigmann, Josef	
-------------------	--

FDP-Fraktion

Schäfer, Gregor	
-----------------	--